

FDP Haushaltsrede 2020

Sehr geehrter Herr Dr. Risthaus,

sehr geehrte Damen und Herren,

trotz der vermeintlich guten wirtschaftlichen Situation in unserem Land spüren wir eine gewisse Verunsicherung nicht nur bei den Unternehmen sondern auch bei den Beschäftigten. Viele Experten gehen davon aus, dass wir den Beschäftigungshöhepunkt erreicht und den Zenit des wirtschaftlichen Erfolgs bereits überschritten haben. Deutschland als große Exportnation spürt deutlich die Auswirkungen der von den USA verhängten Strafzölle nicht nur auf deutsche Produkte sondern auch auf Produkte anderer Länder wie z.B. China. Auch der nun fast sichere Brexit mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU wird zu einer höheren Belastung Deutschlands in Bezug auf den europäischen Haushalt führen. Entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes wird die Sicherstellung von bezahlbarer Energie sein. Wir haben in unserem Land im weltweiten Vergleich mit die höchsten Strompreise. Dieser Wettbewerbsnachteil wird durch die völlig undurchdachte und unprofessionelle Energiewende noch vergrößert. Anstatt ergebnisoffen die beste Technologie im Wettbewerb entwickeln zu lassen, setzt man einseitig im Verkehrsbereich auf eine Elektromobilität die unter Beachtung der physikalischen Grundgesetze in dieser Form nicht funktionieren kann. Spätestens wenn die Umstellung auf regenerative Energien vollständig erfolgt ist und viele Arbeitsplätze in der Energieerzeugung abgebaut wurden, werden wir feststellen, dass ohne den notwendigen Stromimport aus unseren Nachbarländern bei uns das Licht ausgehen wird. Dumm nur, dass der importierte Strom dann durch Kern- und Kohlekraftwerke erzeugt wird.

Die Lösung der Flüchtlingsfrage wird ebenfalls über unseren zukünftigen Wohlstand entscheiden. Wenn es uns nicht gelingt, den Zustrom an Flüchtlingen dauerhaft zu reduzieren, wird unser Sozialstaat überfordert und kolabieren! Die Lösung kann nur sein, die Fluchtursachen massiv zu bekämpfen und den Menschen vor Ort zu helfen, damit es erst gar nicht zu einer Abwanderung bzw. Landflucht und damit Migration nach Europa kommt. Bei ca. 60 Mio. Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Bei der Etablierung im Oktober sah der Ergebnisplan ein Überschuss von ca. **1,58 Mio. €** vor. Nach den Etatberatungen verbesserte sich dieses Ergebnis sogar noch auf nunmehr ca. **1,7 Mio. €**. Die an den Kreis abzuführenden Umlagen haben sich während der Beratungen um stattliche **500.000 €** reduziert, so dass sich der Haushaltsüberschuss um eben diesen Betrag hätte erhöhen müssen. Was war jedoch passiert? CDU, SPD und UWG haben es mit ihrer kreativen Ausgabenpolitik geschafft, diese erfreulichen Mehrerträge direkt wieder auszugeben. Anstatt den finanziellen Spielraum für geringere Steuern zu nutzen, werden zusätzliche Ausgaben generiert, die insbesondere durch höhere Personalkosten eine zukünftige Hypothek für unsere Kommunalfinanzen darstellen werden. Unter anderem sind ein zusätzlicher Integrationsmanager mit **82.500 €** p.a. sowie Inklusionsbeauftragte mit zusätzlichen **10.000 €** p.a. vorgesehen. Im Stellenplan 2019 sind insgesamt 91,5 Stellen vorhanden. Für das nächste Jahr soll diese Zahl auf 93,5 Stellen steigen. Damit wird die Anzahl der Beschäftigten um weitere 2 Personen erhöht. Vor 5 Jahren betrug die Anzahl der

Stellen noch 81. Langfristig werden wir wieder angespanntere Haushaltssituationen erleben. Dann werden wir für diese expansive Personalpolitik die Quittung bekommen, da sich der Personalbestand nicht kurzfristig wieder reduzieren lassen wird. Der geplante Überschuss für das kommende Jahr begründet sich im Wesentlichen durch den Grundstücksverkauf der alten Feuerwehr für den neuen Lebensmittelmarkt. Diese außerplanmäßige Einnahme schlägt mit satten **2,65 Mio. €** zu Buche. Auch wenn sich dieser Einmaleffekt nicht wiederholen lässt, so ist eine Kommune nicht einem Wirtschaftsunternehmen gleichzusetzen, welches Gewinne erzielen muss. Nach der Kommunalverfassung ist ein ausgeglichener Haushalt anzustreben und eben nicht ein Gewinn wie in den vergangenen Haushaltsjahren. Deshalb fordern wir Überschüsse im Haushalt den Bürgerinnen und Bürgern in Form von niedrigeren Steuersätzen wieder zurückzugeben. Konkret bedeutet das folgende Steuersätze wie wir sie im Jahr 2014 hatten: Gewerbesteuer 411 % statt 415 %, Grundsteuer A 209 % statt 213 % und Grundsteuer B 413 % statt 423 %. Diese Reduzierung würde zu Mindereinnahmen von ca. **130.000 €** führen und die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

Unser Bürgermeister hat sich entschlossen, bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr nicht mehr zur Verfügung zu stehen und sein Amt in neue Hände zu legen. Diese Entscheidung, die ich persönlich respektiere, hat unmittelbaren Einfluss auf unsere Gemeindefinanzen. Im nächsten Haushalt sind nämlich die Pensionsrückstellungen einmalig in Höhe von **812.000 €** zu berücksichtigen. Auch aus diesem Grund wäre eine andere Entscheidung sicherlich zu begrüßen gewesen. Herr Dr. Risthaus, wenn Sie sich bereit erklärt hätten für eine weitere Wahlperiode im Amt zu bleiben, so hätten Sie den Haushalt um **270.000 €** entlastet!

Aufgrund der noch guten Konjunkturlage und damit verbunden der hohen Auslastung der Unternehmen insbesondere im Baubereich erleben wir jährlich hohe Preissteigerungsraten. Bei der Erweiterung bzw. dem Neubau der Aula in Herbern habe ich bereits damals auf dieses Risiko hingewiesen. Die veranschlagten Baukosten betragen **1.980.000 €**. Die Förderung ist auf einen Betrag von **1.781.000 €** gedeckelt, so dass alle anfallenden Mehrkosten zu Lasten der Gemeinde gehen. Die Mehrkosten durch Preissteigerungen werden aller Voraussicht nach ca. **250.000 €** betragen. Damit wird sich der Eigenanteil auf ca. **450.000 €** erhöhen. Hinzu kommen noch die Aufwendungen für den geplanten Parkplatz einschließlich Zuwegung.

Neben geringeren Steuersätzen hätten wir im aktuellen Haushalt den Spielraum die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. An dieser Stelle möchte ich unsere Forderung wiederholen, die Berechnungsmethode bei den den Gebühren wie Abwasser wieder auf die tatsächlichen Herstellungskosten umzustellen und nicht den Wiederbeschaffungszeitwert anzusetzen. Auch die Anpassung der kalkulatorischen Zinsen von derzeit 4,5 % auf einen marktüblichen Wert würde zu einer Entlastung führen.

Die Summe der aufgeführten Kritikpunkte führt dazu, dass die FDP den Haushalt in der jetzigen Form nicht mittragen wird.

Ich möchte mich im Namen der Freien Demokraten bei allen Mitwirkenden für Ihre Arbeit bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.